



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Negenborn, Carl: Aufgaben der innern Politik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

und Militärdienst. Mit der Zeit wollen wir alle englischen Steuern verweigern und in unsrer eignen Hauptstadt eine mit moralischer Autorität ausgestattete nationale Körperschaft errichten, einen Rat der Dreihundert, der sich aus Mitgliedern des Generalrats, der Grafschaftsräte, der Gemeinderäte usw. zusammensetzt und tatsächlich ein irisches Parlament bilden wird, das die Vollmacht hat, Beschlüsse zu fassen, die das irische Volk als Geseze ehren wird.“

Das erscheint einem kühlen Beobachter als ein abenteuerliches Programm. Der irische Kette ist aber nicht kühl, er ist ein Hixkopf. Einen gewissen Erfolg hat Sinn Feinn schon errungen, insofern er die United Irish League zu großem Eifer angespornt hat. Von einer Beruhigung Irlands, einer Verständigung der beiden großen Nationen, ist man anscheinend weiter entfernt als je.



Aufgaben der innern Politik

Von Carl Neegenborn



Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist sehr wichtig, aber alles ist damit noch nicht getan. Zum Kampfe mit der Sozialdemokratie bedarf es auch geistiger Waffen, und wir sind in der glücklichen Lage, daß die Massen der Industriearbeiter der Mehrzahl nach nicht geistig stumpf sind, sondern nach Vermehrung ihrer Kenntnisse verlangen. Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung, die damit zusammenhängende Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes und die angestrenzte und fruchtbare geistige Arbeit der führenden Stände haben es in Deutschland mit sich gebracht, daß sich auch der untern Volksschichten ein wahrer Bildungshunger bemächtigt hat. Die Volksschule hat sie so weit gefördert, daß sie jetzt mehr verlangen. Man will sich nach der einförmigen Tagesarbeit beschäftigen, will teilnehmen an den die Welt bewegenden Tagesfragen, sich in seinem Spezialarbeitsfache bessere Kenntnisse aneignen. Das Streben, geistig vorwärts zu kommen, wird bestimmt weiter zunehmen, und ihm entgegenzukommen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen. Das Bildungsbedürfnis der Massen gibt das Mittel, ihnen nahe zu kommen, ihnen an Stelle der schädlichen, die niedrigsten Instinkte weckenden Schundliteratur, die jetzt in Millionen von Exemplaren durch das ganze Land verbreitet wird, gute Bildungsmittel in die Hand zu geben, sie auch politisch zu belehren, ohne daß der Verdacht staatlicher Bevormundung entsteht. Die Förderung der Volksbibliotheken ist also ein vorzügliches Mittel gegen die Sozialdemokratie, und von diesem Mittel Gebrauch zu machen ist um so dringender, als gerade die Sozialdemokratie das Bildungsbedürfnis der Massen längst erkannt hat und eifrig bemüht ist, es durch Gewährung von Büchern, Schriften und Zeitungen auszunutzen. In sehr geschickter

Weise gründet die sozialdemokratische Partei Volksbibliotheken überall da, wo keine öffentliche Bibliothek vorhanden ist, und wenn dann die Gemeinde oder ein Verein mit der Schaffung einer Bibliothek nachhinkt, so ist es oft zu spät, den Schaden wieder gut zu machen. In den großen Städten hat man die Bedeutung der Angelegenheit erkannt und vielfach vortreffliches geleistet. Um nur einige Beispiele aus den Industriestädten zu geben, sei hier erwähnt, daß Essen, wo doch schon die große Krupp'sche Bibliothek besteht, im Jahre 1907 nicht weniger als 36 000 Mark für seine Bibliothek aufwendet, Elberfeld 26 000 Mark, Barmen etwa ebensoviel, Krefeld 11 000 Mark. Um auch eine Vorstellung davon zu geben, wie sehr diese Bibliotheken benutzt werden, sei hier nur hervorgehoben, daß in Barmen im Jahre 1906 nicht weniger als 270 000 Bände entliehen wurden, und daß ein Drittel der Leser Arbeiter waren. In Essen sind sogar zwei Drittel der die Bibliothek benutzenden Leser Arbeiter. Solche große Städte sind in der Lage, das Bildungsbedürfnis der Arbeiterschaft zu befriedigen, und es ist erfreulich, daß sie es tun. Die kleinen Städte und die Kreise haben aber diese Mittel nicht, was sie leisten, kann nur Stückwerk sein, und hier müßte unbedingt der Staat eintreten, wie kürzlich erst in diesen Blättern nachgewiesen worden ist. *) Der preußische Staat hat aber im Jahre 1907 zur Förderung der Volksbibliotheken nur 100 000 Mark in den Etat eingestellt. Daß mit dieser Summe nichts geleistet werden kann, liegt auf der Hand. Da es an Mitteln in Preußen nicht fehlt, muß leider der Schluß gezogen werden, daß die Bedeutung der Aufgabe, die hier zu lösen ist, noch nicht voll gewürdigt wird. Je früher man sich entschließt, reichliche Mittel für die Förderung der Volksbibliotheken und Lesesälen zur Verfügung zu stellen, desto besser; das Geld, das für diesen Zweck ausgegeben wird, ist nicht unnütz aufgewandt.

Eine gesunde staatliche und kommunale Förderung des Arbeiterwohnungswezens, Anregung des Sparsinns, Erziehung der Mädchen und Frauen zur Wirtschaftlichkeit und Befriedigung des Bildungsbedürfnisses des Volkes, das dürften hiernach die wesentlichsten Aufgaben einer Politik sein, die sich das Ziel setzt, in den Großstädten und in den überwiegend industriellen Bezirken die schädlichen Wirkungen auszugleichen, die von der räumlichen und sozialen Umschichtung der Nation ausgegangen sind. Andre Aufgaben werden auf dem platten Lande und besonders im Osten der preußischen Monarchie zu erfüllen sein, also in den Gebieten, die seit langer Zeit nicht nur ihren Menschenüberschuß an die Großstädte und an die Industrie abgeben, sondern teilweise, wie gezeigt worden ist, sogar in der Bevölkerungszahl zurückgehen und an einer Blutleere leiden, die jeden, der es gut meint mit unserm Vaterlande, mit ernster Sorge erfüllen muß. Hier besteht die Aufgabe, wenigstens einen Teil des Geburtenüberschusses dem platten Lande und dem Osten zu erhalten. Die Lösung kann also hier nur lauten: Ansiedlungspolitik großen Stils. Es ist bekannt, daß der Kampf

*) Das Volksbibliothekswesen in Preußen von Kurt Kamlaß, 1906, Heft 26.

gegen das Polentum in den von diesem besonders bedrohten Provinzen Posen und Westpreußen den preußischen Staat gezwungen hat, die Ansiedlung von deutschen Bauern nach Möglichkeit zu fördern, und wieviel in diesen Provinzen schon geleistet worden ist.

Aber diese aus nationalen Gründen begonnene Arbeit ist eben auf einen Teil des Ostens beschränkt, für die andern östlichen Provinzen, für Schlesien, die Mark, für Pommern und für das unter der Entvölkerung in besonderm Maße leidende Ostpreußen ist bisher wenig geschehen. Und doch muß hier eingegriffen werden. Wer die Verhältnisse in Ostpreußen kennt, der weiß, daß es höchste Zeit ist. Die Pflicht des Staates gegenüber den östlichen Provinzen ist um so größer, als die ungünstigen Agrarverhältnisse, der Rückgang des Bauernstandes im Osten zum guten Teile auf die Hardenbergische Gesetzgebung zurückzuführen sind. Es ist unmöglich, hier auf die Einzelheiten einzugehn, erwähnt sei nur, daß infolge dieser Gesetzgebung, die in dem Streben nach Befreiung des Verkehrs und des Besitzes durchaus nicht nur gutes geschaffen, sondern auch viele schwere Fehler gemacht hat, in den östlichen Provinzen im Wege der Abtretung an den Großgrundbesitz fast 800 000 Morgen und im freien Verkehr über 400 000 Morgen Land dem bäuerlichen Besitz verloren gegangen, daß über 5000 selbständige Bauernwirtschaften eingegangen sind. Solche Verluste machen sich fühlbar und sind nur durch angestrengte systematische Arbeit wieder auszugleichen. Es muß also kolonisiert werden im Sinne Friedrich Wilhelms des Ersten und Friedrichs des Großen. Das hat kürzlich auch der neue preußische Landwirtschaftsminister Herr von Arnim anerkannt, indem er am 6. März 1907 vor dem Landesökonomikollegium sagte: „Wir müssen uns darüber klar werden, daß, wenn wir nicht der Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung steuern, keine Besserung der Arbeiterverhältnisse möglich ist. Ein Mittel hierfür ist die Schaffung einer dichtern Bevölkerung. Ich gebe zu, daß auf diesem Wege keine schnelle Abhilfe der Notlage zu erwarten ist, andererseits aber steht fest, daß tatsächlich ohne ein konsequentes Vorgehen mit den Arbeiteransiedlungen kein Erfolg zu erreichen ist. Ich mache Sie auf die Gegenden aufmerksam, in denen schon früher Ansiedlungen gegründet worden sind, abgesehen von den Erfolgen in England, Dänemark und Schweden. So ist der Warthebruch, der damals eine Wüste war, unter Friedrich dem Großen mit einer dichten Bevölkerung besetzt worden, und das hat sich noch bis auf den heutigen Tag bewährt. Ähnliche Wirkungen haben wir mit den Ansiedlungen in Westpreußen gemacht. Diese Beispiele zeigen, daß auf diesem Wege etwas zu machen ist. Wenn wir jahrzehntelang konsequent vorgehn, kleine Stellen auf dem Lande zu schaffen und mit Arbeitern zu besetzen, dann müssen wir einen Erfolg haben. Ein andres Mittel, die ländliche Bevölkerung zu vermehren, gibt es nicht, wenigstens kein Mittel von so grundlegender Bedeutung.“ Leider hat man in den Kreisen der östlichen Großgrundbesitzer bisher nur wenig Verständnis dafür, daß nur durch eine konsequente Ansiedlungspolitik zugleich dem

Arbeitermangel abgeholfen werden kann, unter dem die östliche Landwirtschaft in einem solchen Maße leidet, daß die schwersten Gefahren daraus entstehen können. Alle nur erdenklichen Einwendungen werden gemacht, die sämtlich in dem Satze gipfeln: es geht nicht. Und es geht doch, denn es muß gehn. Der Beweis dafür ist in einzelnen Fällen auch schon erbracht worden, und von besonderm Interesse ist es, daß sich unter denen, die auf ihren Besitzungen durchaus gelungne Ansiedlungsversuche gemacht haben, auch der frühere preussische Landwirtschaftsminister von Podbielski befindet.*) Ähnliche Versuche haben, um nur einige Beispiele zu nennen, mit Erfolg gemacht ein Herr von Klitzing auf Kolzig im Kreise Grünberg und besonders der Kreisausschuß des Kreises Briesen. Aber das sind eben nur Versuche Einzelner. Wirkliche Erfolge hat man auf diesem Gebiete in dem viel geschmähten Lande Mecklenburg-Schwerin aufzuweisen, wo man auf den Domanalgütern des Großherzogs seit dem Jahre 1846 10 500 Häuslerstellen neu gegründet hat. Was das bedeutet, wird klar, wenn man bedenkt, daß man in den sechs östlichen Provinzen 400 000 Häuslerstellen schaffen müßte, um dem Größenverhältnis entsprechend ähnliches zu leisten, wie in Mecklenburg-Schwerin geschehen ist. Was auf diesem Gebiete geleistet werden kann, wenn der Wille vorhanden ist, das hat auch Dänemark bewiesen. In vier Jahren hat man dort 1592 ländliche Arbeiterstellen gegründet, und der Staat stellt jährlich für diesen Zweck drei Millionen Kronen zur Verfügung, was für den Osten Preußens umgerechnet etwa 25 Millionen Mark jährlich bedeuten würde. Was Mecklenburg und Dänemark können, muß Preußen auch können.

Nach der Rede des preussischen Landwirtschaftsministers kann man hoffen, daß eine Ansiedlungspolitik auch für die bisher vernachlässigten Provinzen endlich eingeleitet werden wird. Geld wird diese Kolonisation kosten, aber das darf davon nicht abschrecken. Man ist geneigt, anzunehmen, daß Friedrich Wilhelm den Ersten und Friedrich den Großen ihre kolonisatorische Tätigkeit wenig oder nichts gekostet habe, weil damals die Ansprüche auf allen Gebieten geringer waren. Nach Beheim-Schwarzbachs Angaben (Kolonisationswerk in Litauen) kostete Friedrich Wilhelm den Ersten, als er die vertriebenen Salzburger nach Ostpreußen zog, die Ansetzung jeder Kolonistenfamilie 400 Taler, eine für jene Zeit und den armen Staat gewiß sehr bedeutende Summe, und diesen Betrag behielt Friedrich der Große als Norm bei. Die Ausgabe hat reiche Zinsen getragen, wie heute jedermann anerkennt, und so wird sich jede Ausgabe lohnen, die auf die Besiedlung des Landes und besonders des Ostens verwandt wird. Man muß diese Dinge im Zusammenhange betrachten. Eine große Tageszeitung schrieb kürzlich in ihrem Börsenberichte: Wir sehen ein Land, das in der Entwicklung seiner wirtschaftlichen Kräfte in einem Maße fortschreitet, mit dem die Bereitstellung seiner Kapitalmengen nicht mehr gleichen

*) Dr. G. Stumpfe, Die Selbstmachung der Landarbeiter. Berlin, Paul Parey, 1906.

Schritt hält. *) Das heißt mit andern Worten: unsere industrielle Entwicklung ist überstürzt, und das ist tatsächlich der Fall. Unsere Industrie arbeitet gerade so wie vor der letzten Wirtschaftskrisis zum guten Teile nicht für den Konsum, sondern für die Vergrößerung und Ausdehnung der Industrie, also für die Vermehrung der Produktion, und damit steuern wir nicht nur auf eine neue Krisis zu, sondern es ergeben sich daraus zugleich die schwersten Übelstände für das Leben des Volkes. Worauf es hier ankommt, ist, daß diese überstürzte industrielle Entwicklung nicht nur mehr Kapital beansprucht, als zur Verfügung steht, sondern auch mehr Menschen, als die doch fruchtbare deutsche Bevölkerung zu stellen vermag, und daß daher die Arbeitskräfte allen andern Berufsständen und hauptsächlich der Landwirtschaft entzogen werden.

Das wird auch nicht besser werden, denn der Konzentrationsprozeß, der sich fortschreitend in der Industrie und im Bankwesen vollzogen hat und weiter vollziehen wird, hat natürlich nicht den Zweck, die industrielle Entwicklung zu hemmen, sondern sie weiter zu fördern, und so wird auch die künftige Entwicklung dahin gehn, daß in den Großstädten und in den Industriebezirken die Anhäufung von Menschen fortschreitet, und daß das Land und besonders der Osten weiter entvölkert wird. Beides ist gleich schädlich, und das Ziel unserer Politik muß es deshalb sein, dort, wo große Volksmengen in ungesunder Weise angehäuft werden, dafür zu sorgen, daß die Menschen soweit wie möglich davor bewahrt werden, körperlich und geistig zu entarten, in den Gebieten aber, denen die Arbeitskräfte im Übermaße entzogen werden, durch innere Kolonisation ein Gegengewicht zu schaffen. Und zwar liegt das nicht nur im Interesse der Landwirtschaft und des Ostens, sondern ebensosehr in dem der Industrie. Denn die Lande östlich von der Elbe sind nicht nur die Wiege der Monarchie; hier kamen nicht nur die zähen, harten Männer her, die unsere Heere von Sieg zu Sieg geführt und schließlich das langersehnte Deutsche Reich gegründet haben, diese Provinzen sind zugleich das große Menschenreservoir, aus dem auch der Westen gespeist wird. Ein großer Teil derer, die im Westen die Maschinen bedienen, stammt aus dem Osten, die Industrie könnte diese Zuwanderung aus dem Osten gar nicht entbehren, und wenn der Westen mehr Geld aufbringt, so gibt es doch etwas Kostbareres als Geld, nämlich Menschen, und indem diese dem Osten entzogen werden, lebt der Westen zum Teil auf dessen Kosten. Wenn es so weitergeht, dann müssen diese Provinzen veröden, was sich schwer rächen würde, nicht nur für die Allgemeinheit, weil kein Staat ungestraft die Grundlagen seiner Macht verläßt, sondern auch für den Westen im besondern, weil der Menschenzufluß aus dem Osten aufhören müßte. Hier beginnt also die Solidarität der Interessen von Industrie und Landwirtschaft. Für den Staat liegt aber noch der besondre dringende Grund vor, die ländliche Bevölkerung zu stärken und zu vermehren, weil die von der Scholle losgelöste

*) Königlichc Zeitung vom 21. Dezember 1906, Nr. 1361.

städtische und industrielle Arbeiterschaft immer mehr oder weniger geneigt sein wird, sich den auf Umsturz gerichteten Bestrebungen anzuschließen, weil sie national niemals so zuverlässig sein wird und sein kann wie der Teil unsers Volkes, der von dem Ertrage der Scholle lebt und durch sie unlösbar mit der Erhaltung der Staatsordnung verknüpft ist.

Wenn man prüfen will, wie das übermäßige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen in Deutschland zu erklären sei, so wird man den letzten Grund darin finden, daß die städtische und industrielle Bevölkerung zu schnell und zu stark vermehrt, die ländliche Bevölkerung zu sehr geschwächt worden ist. Will man also die Mächte des Umsturzes nachdrücklich bekämpfen, so wird das beste Mittel immer sein, den Teil des Volkes zu kräftigen und der Zahl nach zu vermehren, der, wie die Dinge auch kommen mögen, der sozialdemokratischen Verführung und Verhegung den stärksten Widerstand entgegenzusetzen imstande sein wird.

So etwa müßte eine Bevölkerungspolitik aussehen, die es sich zum Ziele setzt, das deutsche Volk von den Krankheitserrscheinungen zu heilen, an denen es leidet. Eine gesunde Verteilung der Bevölkerung auf Land und Stadt, auf Osten und Westen und eine planvolle Arbeit, um die von den Hezern und Verführern noch nicht vergifteten Teile des Volkes gesund zu erhalten, die andern aber, soweit es noch möglich ist, für die Staatsordnung zurückzugewinnen, das ist, was uns fehlt. Natürlich bleiben noch viele andre Aufgaben übrig. Hier handelt es sich nur um die sozialdemokratische Gefahr und um die Klassen, die der sozialdemokratischen Verführung am leichtesten verfallen; will man den auf Umsturz gerichteten Bestrebungen ernstlich entgegentreten, so wird man eine Politik befolgen müssen, die ungefähr der gleich, die hier kurz empfohlen worden ist.



Eine Philosophie des Krieges



as sich für und wider den Krieg sagen läßt, das ist in den letzten Jahrzehnten laut genug erörtert worden. Doch hatte es, so viel ich weiß, nur die Friedenspartei zu großen zusammenhängenden Darstellungen ihrer Ansicht gebracht. Jetzt hat uns nun auch ein begeisterter Freund des Krieges mit einer systematischen und gründlichen Verteidigung seines Standpunktes beschenkt: Die Philosophie des Krieges von Dr. S. Rudolf Steinmetz im Haag. (Leipzig, Johann Ambrosius Barth, 1907.) Er weist sowohl die sentimentale wie die doktrinär ethische Beurteilung des Krieges als ganz ungenügend zurück und findet in dem um das Rassenideal bereicherten evolutionistischen Utilitarismus die wahre und tiefe Ethik, von der aus allein der Krieg gewürdigt werden könne. Er geht aus

von der Natur des Urmenschen, die glücklicherweise nicht die des Hasen gewesen sei. Wäre dieses der Fall gewesen, so würde er entweder ausgerottet worden oder ein stumpfsinniger Egoist ohne Kultur geblieben sein. Indem er sich gegen die Tiere wie gegen seinesgleichen zur Wehr setzte, entwickelte er zunächst die Eigenschaften der Angriffslust, der Grausamkeit und der Begehrlichkeit und dann später, in Gruppen lebend und den Verteidigungskampf als Glied der Gruppe führend, alle sittlichen Tugenden, da nur der gemeinsame Kampf gegen gemeinsame Gegner tiefe, leidenschaftliche Sympathie, Opfermut, begeisterte Hingabe an ein großes Ziel zu wecken vermag. Diese Wirkungen erhöhen und erweitern sich in dem Maße, als aus der Horde, dem Stamm, der Stadtgemeinde der Großstaat hervorgeht, der selbst eine Schöpfung des Krieges ist, sodaß also der Krieg die höchste Form des menschlichen Gemeinschaftslebens erzeugt. Und diese Form zu erhalten und alle in ihr liegenden Keime zu entfalten, bleibt der Krieg immer notwendig. Er wirkt als Verbreiter der Kultur, wie die Kriege Alexanders des Großen und die der Römer beweisen, er räumt veraltete, unlebensfähige Staatengebilde weg, wie die napoleonischen Kriege getan haben, er ist die größte Gesamtleistung, in der alle Kräfte der Nation betätigt und aufs höchste angespannt werden, und er beglückt hierdurch, denn höchste Kraftleistung ist höchstes Glück (zur Veranschaulichung der psychischen Wirkungen des Krieges wird öfters herangezogen, was Nagel in „Glücksinseln und Träume“ von seinen Kriegserfahrungen erzählt). Und bereitet der Krieg tiefstes Leid, so liegt auch darin eine Steigerung des Glücks, da wahres Glück ohne tiefe seelische Erschütterungen nicht erlangt werden kann. Endlich ist der Krieg das Weltgericht, das einer jeden Nation ihr eignes Innere enthüllt, an den Tag bringt, was sie wert ist, wie sie die Friedenszeit angewandt hat, was sie an Leistungen oder an Nachlässigkeiten und Verschuldungen angehäuft hat. Diese großartige und notwendige Entwicklungserscheinung aus der Welt schaffen, ihre Wirkungen durch ausgeklügelte Einrichtungen wie Schiedsgerichte ersetzen zu wollen, ist Torheit. Menschenklugheit erscheint als Dummheit neben der Weisheit der Natur. Auch kann der kriegerische Konkurrenzkampf der Staaten nicht etwa durch den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf ersetzt werden, denn dieser ist von ganz anderer Natur: er ist rein egoistischer Art, während der Krieg, in dem sich jeder Einzelne für sein Volk und für die Ehre dieses Volk opfert, Bewährung des edelsten und reinsten Altruismus ist. Inwiefern der Krieg selektionistisch wirkt, wird untersucht und nicht in Abrede gestellt, daß er in einem gewissen Grade auch antiselektionistische Wirkungen habe. Die schlimmen Wirkungen und Folgen des Krieges werden vollauf gewürdigt, jedoch durch Berechnung auf ihr richtiges Maß zurückgeführt. Selbstverständlich wird jede einzelne Behauptung des Verfassers von den Friedensfreunden nicht bloß bestritten sondern als falsch erwiesen werden, wie das denn auch vielfach schon im voraus geschehen ist, am scharfsinnigsten wohl von dem franziösierten Russen Novicow, gegen den Steinmeß oft polemisiert.

Zufällig hat auch Novicow gerade wieder ein neues Buch herausgegeben (Die Gerechtigkeit und die Entfaltung des Lebens), von dem mehrere Kapitel der Bekämpfung des Krieges und des Militarismus gewidmet sind. Anstatt mich auf die Kontroverse der beiden feindlichen Parteien einzulassen, die vor dem Weltende nicht zu Ende gehen wird, will ich lieber bei zwei Kapiteln des Buches von Steinmez ein wenig verweilen, die eine teils direkte teils indirekte Kritik preussischer Zustände enthalten.

Zu den schlimmsten Wirkungen des Krieges gehört, daß er die Menschen verroht. Die moderne Art der Kriegführung hat viele Quellen der Verrohung verstopft, aber manche fließen noch. „Wir haben vom Kriege bei den direkt beteiligten Soldaten und Offizieren eine Zunahme von Roheit, Grausamkeit, Mißachtung fremden Eigentums und Lebens, Selbstüberhebung, Mißachtung fremder, besonders weiblicher Ehre und Persönlichkeit zu erwarten.“ Glücklicherweise erfüllt sich diese Erwartung nicht in dem zu fürchtenden Umfange. Die Kriminalstatistik bekundet keine wesentliche Zunahme der Roheitsverbrechen nach den Kriegen des neunzehnten Jahrhunderts. Bedenklicher erscheint der Umstand, daß auch das Soldatenleben im Frieden, das Kasernenleben, nicht mit Unrecht beschuldigt wird, es verrohe die Menschen. „Die häusliche Zucht hört auf einmal auf, sie wird durch die militärische nur sehr unvollkommen ersetzt, da diese sich auf ganz andre Handlungen des jungen Menschen bezieht und ihren Mitteln nach mehr äußerlich bleiben muß. Gute weibliche Einflüsse, ohne die jedes Leben, weil einseitig(?), zur Unsittlichkeit hinneigen muß, fehlen ganz. Aus dem engen Kreise des gewohnten Lebens treten die jungen Leute auf einmal, ohne Übergang, in sehr empfänglichen Alter in ganz andre Verhältnisse; oft wird der Bauer in die Großstadt verpflanzt. Als die eigentlichen Erzieher jeder Stunde treten die jungen Genossen in Wirksamkeit, die dazu am wenigsten geeignet sind, und die keineswegs erhebende Psychologie der Menge übt ihren Einfluß mittels der falschen Scham. Dazu geben die Unteroffiziere, die soldatische Roheit manchmal mit dem Größenwahn der Offiziere paaren, ihr wohl selten gutes Beispiel. Wer viele von diesen in ihrem Verhältnis zu Mädchen beobachten konnte, wird von ihrer Einwirkung auf das Gemüt der jungen Soldaten nur das Schlimmste erwarten. Obwohl der Verfasser, dessen Vater Oberst war, den wertvollen Einfluß nicht unterschätzt, den manche Offiziere auf das intimere Leben der Untergebenen ausüben, so fürchtet er doch, dieser Einfluß möge manchmal fehlen, manchmal ins Ungünstige entarten. Der dumme Standesstolz, die lächerliche Einbildung, die Anmaßung den Untergebenen gegenüber, das Kriechen vor den Vorgesetzten, das alles muß unvermeidlich einen verderblichen Einfluß auf die jungen Seelen ausüben. Das Schlimmste dabei ist vielleicht die Aufhebung des Glaubens an die Vorgesetzten: wer sie so täglich in ihrer kleinlichen Anmaßung nicht nur wahrnehmen, sondern ertragen muß und dennoch ihnen zu gehorchen gezwungen ist, leidet entweder seelisch furchtbar oder wird in seinem Charakter geschädigt. Jeder Vorgesetzte,

der nicht mit allen Kräften und unausgesetzt danach strebt, auf jedem Gebiet, vor allem aber in seinem Verhalten zu den Untergebenen, in ihren Augen musterhaft zu sein, ist eine soziale Gefahr. Jedesmal, wo ein Soldat ein erlittenes Unrecht im Angesichte des frechen Vorgesetzten schweigend hinunterwürgen muß, entsteht dem Heere und dem Kriege ein weit schlimmerer Feind als durch das beste neue Buch über den Weltfrieden. . . . Die Disziplin ist ein zweischneidiges Schwert, mächtig im Guten wie im Bösen, im Heere aber absolut unentbehrlich. Gerade deshalb ist es unbegreiflich und empörend, daß die höchsten und allerhöchsten Vorgesetzten in der Regel die gefährlichsten Verbrecher gegen die Disziplin, die schwersten, die es gibt, weil nur sie die Disziplin prinzipiell untergraben, am gelindesten, ja überhaupt kaum ahnden, nämlich die von den Befehlenden gegen die Untergebenen verübten, die Mißbräuche der Befehlsgewalt. Die ungenügende Bestrafung der Soldatenmißhandlungen möchte ich als eine schwere Versündigung an der Armee brandmarken. Wer sich deren schuldig macht, vergift, daß sie in unsrer Zeit der Verbreitung des Bewußtseins der Menschenwürde und gerade in einer hochintellektualisierten Armee nicht mehr vorkommen können, ohne furchtbaren Schaden anzurichten. Wo so hohe Anforderungen an den Charakter und an die Intelligenz der Offiziere nicht bloß sondern auch der Soldaten gestellt werden, muß alles vermieden werden, was die Soldaten zu Maschinen und die Offiziere zu Maschinenführern erniedrigen könnte. Bei zölibatären Priestern sowie bei Söldnerheeren kann geraume Zeit eine von der Volksmoral losgetrennte Standesmoral bestehen, bei verheirateten Geistlichen und im Volksheere ist das auf die Dauer unmöglich. Wenn nicht allein die schlechten sondern auch die guten und sogar die besten Elemente des Volkes in die Reihen der Armee aufgenommen werden, da darf diese moralisch nicht länger hinter dem besten Teile des Volkes zurückbleiben.“ Und deren Zustand darf überhaupt nicht im Widerspruch stehn mit den Anforderungen, die an den heutigen Staatsbürger gestellt werden. Das moderne Wirtschaftsleben fordert „einen aufgeweckten Geist, ein selbständiges Urteil, resoluten Unternehmungssinn. Ob diese Eigenschaften durch das Kasernenleben und durch eine nörgelnde Disziplin gefördert werden?“ Zur Hebung des zahlreichsten Teils der heutigen Bevölkerung, der Lohnarbeiterschaft, gehöre besonders zweierlei: die Arbeiter müssen zunehmen an Selbstachtung (womit natürlich nicht Selbstüberhebung gemeint ist), „und sie müssen lebhaft und tapfer am Vereinsleben teilnehmen. Mit dem zweiten erfüllen sie nicht bloß eine Pflicht der Selbsterhaltung, sondern auch eine öffentliche Pflicht. An das ganze Publikum, besonders an den höher gestellten und begabten Teil, ergeht in stetig steigendem Maße die Aufforderung, sich an den allgemeinen Angelegenheiten tätig und zwar kritisch zu beteiligen. Unter den vielen Übeln der Vergangenheit, die das Elend der Gegenwart verschuldet haben, sind die Mißbräuche der öffentlichen Gewalt vielleicht die schlimmsten gewesen. Diese Gewalt, die schon anfang zurückgedrängt zu werden,

breitet sich jetzt aufs neue über alle Gebiete des Lebens aus. Darum gilt es acht zu geben, daß die Mißbräuche nicht wieder die Oberhand gewinnen. Die stetig zunehmende Einmischung des Staates fordert von allen Bürgern eine nie erschlaffende Kontrolle über die Gesetzgebung und Verwaltung. Sonst droht der Staat, den sie jetzt in allen Nöten anrufen, den sie für ihre Privat Zwecke nicht mehr entbehren können, ihr gefährlichster Feind zu werden, schlimmer noch, als er es früher gewesen ist, weil sich sein Wirkungskreis so gewaltig erweitert hat. Das gilt besonders von den Arbeitern, die, vereinzelt zu schwach, nur in Vereinen organisiert an der Kontrolle teilnehmen können. Daß die Arbeiter tüchtige Mitglieder ihrer Vereine werden, ist demnach das Interesse der Gesellschaft, also auch des Staates. Von allen Bürgern werden heute, mehr als früher, vor allem zwei Tugenden verlangt: die Liebe zum eignen Volke und der moralische Mut.“ Die Kaserne, wie sie heute ist, sei aber wenig geeignet, diese Tugenden zu pflegen und die politische Tätigkeit der Bürger zu fördern. Dieser Zustand müsse aufhören; „das Volk in Waffen hat kein von dem sonstigen Volke getrenntes oder verschiedenes Interesse“.

Wie man sieht, fordert der Verfasser die vollständige Demokratisierung des Heeres, und es wird sich eben fragen, ob eine solche möglich ist. Was die Unfittlichkeit betrifft, so erinnert er an vier andre Klassen von Menschen, die durch Entfernung aus dem einschränkenden und beaufsichtigenden Familienkreise und durch den ausschließlichen Verkehr mit großen Massen Gleichaltriger ähnlichen sittlichen Gefahren ausgesetzt sind wie die jungen Soldaten: Fabrikarbeiter, Dienstmädchen, Studenten und — mit einigen Modifikationen: die in exotischen Kolonien Lebenden. Von diesen fünf Personentreisen ist nach Ansicht des Verfassers gerade das Heer am leichtesten zu reformieren wegen der großen Gewalt, die der militärische Vorgesetzte über seine Untergebenen hat. Die Demokratisierung des Heeres erstrebt Steinmetz noch in einem ganz besondern Sinne: er verlangt die Abschaffung des zwar nicht mehr gesetzlichen aber tatsächlichen Privilegs, das der Adel immer noch genieße, obwohl er keine der Funktionen mehr ausübe, durch die er sich in ältern Zeiten seine Privilegien verdient habe. „Warum bleibt der Adel, der die Führergaben nicht mehr besitzt, die Führerpflichten nicht mehr erfüllt, warum bleibt er dennoch in fast allen Kulturstaaten im Besitz der Führervorrechte, die zwar gemindert, aber doch noch sehr erheblich sind; wären sie das nicht, wären sie wertlos, dann würden sie freiwillig aufgegeben werden. Die Erklärung liegt wohl hauptsächlich darin, daß der Adel aus dem größten Widersacher des Monarchen seine Stütze und sein Liebling geworden ist.“ Gewiß hätten die Junker bis in die heutige Zeit militärische Verdienste aufzuweisen, aber daß es auch ohne sie gehe, hätten schon die napoleonischen Kriege bewiesen. Der moderne Krieg werde vor allem ein Wettstreit zwischen militärischen und technischen Talenten sein; Geburt aber verbürge nicht die Begabung. Der Krieg werde, nötigenfalls durch Niederlagen, mit allen alten Vorurteilen und Privilegien

aufräumen. „Das Talent zum Kommandieren erwirbt sich der wahrhaft Befähigte leicht, und man bedenke nur: die Soldaten der Zukunft werden in immer geringerer Zahl kritiklose Bauernjungen und unwissende Proletarier sein. Wer künftig siegen will, der braucht Soldaten, die denken können, und Offiziere, die diesen Soldaten überlegen sind. Anschauzen genügt nicht mehr; auch würde es der gebildete Soldat der Zukunft nicht länger ertragen. . . . Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß der Krieg und seine Vorbereitung keineswegs unzertrennlich mit dem preußischen Typ von Staat und Gesellschaft verbunden sind — im Gegenteil! Dieser Typus hat nicht bloß sein Königgrätz und Sedan aufzuweisen, sondern auch sein Jena und Tilsit.“ In Preußen erlauben sich Offiziere Übergriffe — fordern zum Beispiel unter Drohungen von einem Theaterdirektor, daß er ein ihnen nicht genehmes Stück vom Spielplan abseze —, die der Natur des konstitutionellen Staates widersprechen. Darin ist Deutschland rückständig. Das Volk in Waffen darf keine Privilegien vor dem übrigen Volke beanspruchen. Es wird sich von dem unberechtigten Einflusse des Adels befreien, und es wird sich nie dazu hergeben, etwaigen Ausschreitungen der königlichen Gewalt zur Stütze zu dienen. In England hat man lange Zeit das stehende Heer als eine Gefahr für die Freiheit gefürchtet. Das Volk in Waffen bedeutet keine solche Gefahr mehr. Dieses Riesenheer gehört dem Volke, der Gesellschaft, die die Männer, das Talent und das Geld hergibt; nur aus Courtoisie — oder zäher Gewohnheit — wird es hier und da noch des Königs Heer genannt. Im Volksheere ist für Byzantinismus kein Raum. Die Redensart „mein Heer“ ist in jedem Munde unpassend und höchstens als poetische Floskel zulässig. „In einem modernen Volke, das seine politische Verfassung seiner Kultur anzupassen verstanden hat, kann das Heer weder die veraltete Macht des Adels verstärken noch im Fürsten den Zug zum Absolutismus unterstützen. Und je schwerer der Druck des bewaffneten Friedens lasten wird, je kolossaler die Opfer und die Schäden eines Krieges werden, um so mehr wird ein selbstbewußtes Volk danach streben, seine Zukunft in der eignen Hand zu haben, um so widersinniger wird jede andre als die freieste Selbstregierung. Kleine improvisierte Söldnerkriege können für lange Zeit die Macht des Fürsten zum Despotismus steigern, wenn aber das ganze Volk sein Geld und sein Leben beisteuern, alle die Friedensjahre hindurch sich unter den größten Opfern auf den Krieg vorbereiten soll, da verliert das Kriegswesen jede reaktionäre Tendenz.“ Für diesen Teil seiner Ausführungen wird Steinmetz mehr Beifall finden in Babels Lager als bei den Offizieren und in den Kreisen unsrer hohen Staatsbeamten.

Carl Jentsch

